



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 13.02.2019:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Dnr-online.ru: Während des Treffens der humanitären Untergruppe in Minsk am 13. Februar ist es nicht gelungen, zu einer abschließenden Lösung der grundlegenden Fragen der Tagesordnung zu kommen. Dies erklärte die Bevollmächtigte für Menschenrechte der DVR Darja Morosowa.

„Die ukrainische Seite hat ein weiteres Mal ihre Versprechungen gebrochen und keinen offiziellen Positionen vorgelegt, die den Austausch „alle gegen alle“, die Aufnahme von Bürgern der RF, die einseitig von der ukrainischen Seite ausgeschlossen worden waren, in die Liste und die Aufteilung von festgehaltenen Personen nach Kategorien betreffen.

Zu Beginn des Treffens wurde der Gesundheitszustand und rechtzeitig ärztliche Behandlungen für Personen, die im Zusammenhang mit dem Konflikt auf dem Territorium der Ukraine festgehalten werden, erörtert. Außerdem haben die Vertreter der Republiken der Frage der Anwendung von Folter und sexueller Gewalt gegen festgehaltene Personen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ich habe dem Koordinator der Untergruppe zu humanitären Fragen Toni Frisch Informationen über die in der Ukraine verurteilte Julija Prosolowa mitgeteilt. Wir sind über ihren Gesundheitszustand und die ihr gegenüber angewandte Gewalt äußerst besorgt, unter anderem auch aus politischen Gründen, im Zusammenhang mit ihrer ungesetzlichen Unterbringung in einer JVA von Ternopol“, kommentierte die Bevollmächtigte.

Außerdem wurde im Verlauf des Treffens die Frage der Aktualität der Unterzeichnung einer Deklaration über die Verurteilung jeder Art von Folter, brutaler Behandlung, sexueller Gewalt und Drohung mit Gewalt gegenüber Personen, die im Zusammenhang mit dem Konflikt inhaftiert sind, aufgeworfen.

„Dieses Thema wurde von den ukrainischen Vertretern in der humanitären Untergruppe wieder ignoriert. Im Zusammenhang damit kann man den Schluss ziehen, dass die Anwendung ungesetzlicher Methoden gegenüber Personen, die sich in Gefängnissen befinden, in der Ukraine, die sich nur als Rechtsstaats darstellt, eine normale Sache ist und für sie die Erörterung humanitärer Aspekte kein wichtiger Gegenstand sind.

Im Ergebnis der Sitzung kann ich feststellen, dass die Verantwortung für die Nichterfüllung des Maßnahmekomplexes vollständig auf der ukrainischen Seite liegt, deren bevollmächtigte Vertreter die Treffen im Minsker Format ignorieren und die anwesenden Experten die Erörterung jeder Frage in jeglicher Art blockieren“, fasste Morosowa zusammen.

Dnr-online.ru: Die Abwesenheit eines bevollmächtigten Vertreters Kiews in der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen erschwert und behindert die Erreichung praktischer Ergebnisse. Dennoch konnte heute ein gewisser Fortschritt bei der Arbeit an den Listen vermisster Personen erreicht werden, was deren Präzisierung betrifft, teilt das Außenministerium der DVR mit.

„Wir begrüßen jegliche positive Bewegung in dieser Richtung, aber wir bestehen auf einer

schnellstmöglichen Implementierung des vom IKRK vorgeschlagenen Mechanismus zur Realisierung der Suche, wozu die Beteiligung und Zustimmung der ukrainischen Seite notwendig ist. Außerdem hat die Schaffung einer besonderen gemeinsamen Arbeitsgruppe, die in der Praxis den notwendigen Fortschritt erreichen könnte, besondere Aktualität. Aber Kiew blockiert den gesamten Mechanismus einer vollwertigen Arbeit zur Suche nach Vermissten und bringt absolut praktische humanitäre Fragen auf die politische Ebene“, erklärte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR Natalja Nikonorowa.

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa

Die Vertreter der LVR und der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe bestehen auf der Unterzeichnung einer Deklaration gegen Folter und Gewalt, ein Projekt, das seit mehr als einem Jahr im Rahmen der Treffen ins Minsk erörtert wird.

„Die Vertreter der Republiken bestehen auf einer sofortigen Unterzeichnung der Deklaration gegen Folter und Gewalt gegenüber festgehaltenen Personen“.

Eine brutale Behandlung von inhaftierten Personen verletzt die allgemeine Deklaration der Menschenrechte und internationale Konvention.

„Um den Tod von Menschen zu vermeiden, würdige und humane Haftbedingungen zu gewährleisten und den Zugang zur medizinischen Behandlung halten wir es für zielführend zur Erörterung der Deklaration über die Verurteilung aller Formen von Folter, brutaler Behandlung, sexueller Gewalt und Drohung mit Gewalt gegenüber im Zusammenhang mit dem Konflikt inhaftierten Personen zurückzukommen“.

Die Teilnehmer der Sitzung erörterten den Entwurf einer Deklaration, die Folter und Gewalt von Seiten militärischer Strukturen gegenüber friedlichen Einwohnern in der Konfliktzone im Donbass verurteilt.

Außerdem hat die LVR eine Liste von festgehaltenen Personen veröffentlicht, die sofortige ärztliche Behandlung benötigen und forderte von Kiew, dies sofort zu ermöglichen.

Daneben haben Vertreter der LVR und der Ukraine Informationen über gesuchte Personen aus der Liste der Gefangenen ausgetauscht, die Frage der Vermissten und einen Mechanismus einer möglichen Zusammenarbeit in diesem Gebiet erörtert.

Bei der heutigen Sitzung fehlten bevollmächtigte Vertreter der Ukraine, es waren nur Experten anwesend, „Personen, die keine Entscheidungen treffen“.

Dan-news.info: Kommentar des Außenministeriums der DVR zu den Ergebnissen der Verhandlungen der Untergruppe zu Sicherheit

Heute haben sich die Verhandler in der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit auf die Erörterung der Folgen der Verletzungen des gültigen Waffenstillstands und damit verbunden auf die Vereinbarungen zusätzlicher Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung durch die Seiten konzentriert.

Insbesondere lenkten die Verhandler der Republiken im Rahmen der Erörterung des Status der Einhaltung des gültigen Waffenstillstands die Aufmerksamkeit auf die Zunahme der Zahl der Beschüsse von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine, unter anderem mit schweren Waffen, sowie auf die Regelmäßigkeit der Berichterstattung über zielgerichtete Beschüsse durch die BFU auf das Territorium der Republiken, darunter auch unter Nutzung von Drohnen, was Punkt 7 des Minsker Memorandums widerspricht, durch ukrainische Medien.

„In diesem Kontext muss die Untergruppe zu Fragen der Sicherheit unbedingt die Vereinbarung und Einführung zusätzlicher Maßnahmen zur Kontrolle und Verstärkung des Waffenstillstands intensivieren. Unsererseits haben wir vorgeschlagen, beim nächsten Treffen der Gruppe die zusätzlichen Maßnahmen zu vereinbaren, zu denen es einen Konsens der Seite gibt, und der Kontaktgruppe, sie zu billigen.“

Außerdem haben wir vorgeschlagen, ein Paket zu ergänzen, das den Prozess der Vereinbarung und Kontrolle der Ausführung zusätzlicher Sicherheitsgarantien bei der Durchführung verschiedener

Maßnahmen, darunter Reparaturarbeiten in der Nähe der Kontaktlinie, streng reglementiert.“, teilte die Außenministerin Natalja Nikonorowa mit.

Außerdem unterstrichen die Mitglieder Kontaktgruppe die positiven Ergebnisse der von den Seiten durchgeführten Entminungsmaßnahmen gemäß einem von der OSZE-Mission bei vorherigen Treffen eingebrachten Vorschlag über eine humanitäre Entminung von Vorschul- und Schuleinrichtungen in frontnahen Ortschaften.

Dan-news.info: Kommentar des Außenministeriums der DVR zur den Ergebnissen der Verhandlungen der ökonomischen Untergruppe

Heute haben die Verhandler der Republik in der Gruppe für ökonomische Fragen wieder die wichtigsten Themen der Tilgung der aufgelaufenen finanziellen Verpflichtungen Kiews gegenüber den Arbeitern des Kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ und der Eisenbahn aufgeworfen, außerdem die Implementierung eines Mechanismus für die Zahlung von Renten, den das IKRK vorgeschlagen hat.

„Wir hören nicht auf, die Aufmerksamkeit auf die künstliche Verzögerung der Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Mitarbeitern von Woda Donbassa und der Eisenbahn bezüglich der Lohnzahlungen durch das offizielle Kiew zu lenken. Es ist unzulässig die Einhaltung von gesetzlichen Normen zur Zahlung von Löhnen in Abhängigkeit von der Durchführung eines Audits, des Erfolgs der kommerziellen Aktivität oder irgendwelchen Vermögensinteressen des Unternehmens zu setzen“, unterstrich die Außenministerin Natalja Nikonorowa.

Ein weiteres Mal war der Stein des Anstoßes die Position der ukrainischen Verhandler bezüglich des ernstesten Themas der Gewährleistung von Rentenzahlungen. Zum Stand am 1. Februar haben von der Gesamtzahl der auf den Listen der DVR stehenden Rentner – 672.200 Menschen – etwa 370.000 keine Möglichkeit ihre Renten in der Ukraine zu erhalten, davon sind 93.000 wenig mobile Bürger. Die Gesamtsumme der Schulden der Ukraine gegenüber den Rentnern, die auf dem Territorium der Republik leben, beträgt 71,6 Mrd. Griwna, darunter 5,4 Mrd. Griwna für wenig mobile Menschen und die Summe wächst mit jedem Tag.

„Auf dem Hintergrund der bedrückenden Statistik haben die Delegierten Kiews nach einer langen und schwierigen Erörterung des vom IKRK vorgeschlagenen Mechanismus zur Rentenzahlung an wenig mobile Bürger erklärt, dass sie mit diesem Mechanismus nicht zufrieden sind. Dabei konnte selbst der Koordinator von der OSZE nicht die Ursachen der Verweigerung der Realisierung dieses Mechanismus erklären. Offensichtlich ist das eine vorsätzliche Blockade der Fragen der Auszahlung der gesetzlichen Renten durch die Ukraine. Trotz der äußerst destruktiven Position der ukrainischen Seite bleibt diese Frage vorrangig auf der Tagesordnung der thematischen Untergruppe und wir werden weiter Versuchen zu erreichen, dass Kiew seine Verpflichtungen erfüllt“, sagte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Kommentar des Außenministeriums der DVR zu den Ergebnissen der Verhandlungen in der politischen Untergruppe

Auf der heutigen Sitzung der politischen Untergruppe hat der Koordinator ein Arbeitsdokument vorgestellt, dass die Arbeit bei der Behandlung der Formel Steinmeier intensivieren soll. Aber die ukrainische Seite weigerte sich, dieses Dokument und erörtern und entgegen den Erwartungen und Anstrengungen des Koordinators endete die Sitzung der Arbeitsgruppe ohne irgendwelche positiven Ergebnisse.

Zum vierten Jahrestag von Minsk-2 bleiben die wesentlichen Teil des Gesetzes der Ukraine „Über eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung“, die eine Zuweisung besonderer Vollmachten an bestimmten Territorien vorsehen, alle noch blockiert.

Die Vertreter der Ukraine verwendeten wieder eine beliebte Methode der Sabotage des Verhandlungsprozesses – das Einbringen von Dingen, die nicht zur Tagesordnung gehören. Deswegen ist es auch nicht gelungen, mit der Behandlungen der politischen Schlüsselfrage zu beginnen – einer Kompromissreihenfolge für das Inkrafttreten des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass, obwohl gerade diese Frage im Konsens auf der 50. Sitzung der Kontaktgruppe

vereinbart wurde.

Die Vertreter Kiews ignorieren ständig die Aufträge des Koordinators, schriftliche Postionen zu den grundlegenden Fragen vorzulegen, und bestätigen so unsere Schlussfolgerungen, dass die ukrainische Seite vorsätzliche den Verhandlungsprozess verzögert. So demonstriert Kiew seine respektlose Haltung nicht nur gegenüber den Vertretern der Republiken, sondern auch gegenüber den Anstrengungen der Vermittler in Gestalt der OSZE und Russlands.

Die bevollmächtigte Vertreterin der DVR lenkte wieder die Aufmerksamkeit darauf, dass der Kompromissmechanismus Steinmeiers ein großes Entgegenkommen von Seiten der Republiken ist, weil der besondere Status schon 2015 ohne irgendwelche vorherigen Bedingungen gelten sollte. Deshalb ist heute eine vorrangige Bedingungen für eine Ergebnisorientierung der politischen Untergruppe die Führung eines konstruktiven Dialogs zur einzig möglichen Reihenfolge der Inkraftsetzung des besonderen Status der Donbass, der Formel Steinmeier.